FRIEDENS JOURNAL

Die Wahrheit stirbt schon vor dem Krieg

- Wahrheitsfindung im Dschungel der Medien-Desinformation
- Medien als vierte Gewalt – Bedrohte Meinungsfreiheit
- „Israel von der Landkarte tilgen“ - Wer bedroht wen?
- Wie Al Dschasira den Propaganda-Krieg gegen Libyen gewann
- Avaaz.org und der geheime Informationskrieg um Syrien
- Von der Friedens- zur Kriegsforschung?

Herausgeber:
Bundesausschuss Friedensratschlag

Mai 2012/Nr. 3

ISSN 2193-9233

Inhalt

SCHWERPUNKT

Wahrheitsfindung und Medien-Desinformation 3
Wie Al Dschasira den Propagandakrieg gegen Libyen gewann 9
Avaag.org und der Informationskrieg gegen Syrien 11

INTERVIEW

Medien als Bedrohung der Meinungsfreiheit 5

GASTBEITRAG

„Israel von der Landkarte tilgen“ - Wer bedroht wen? 7

FRIEDENSBEWEGUNG

Von der Friedens- zur Kriegsforschung? 13

RUBRIKEN

Friedensnetz Baden-Württemberg 15
Rückseite: Aktuelles aus dem Internet-Archiv 16

FOTOS

Quellenangaben zu Fotos im Heft:
Seite 1: Collage Friedensjournal
(Bildausschnitte: Arbeiterfotografie)
Grafik Seite 5: Friedensjournal
Seite 8: Flickr
Seite 12: Screenshot von Website avaaz.org
vom 05.05.2012

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 07.05.2012

Das nächste Friedensjournal erscheint am 14.07.2012

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Solibeitrag von 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.
Internet:
www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal

ISSN 2193-9233

Herausgeber:
Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
Tel.: 05 61 / 937 17574
e-mail: peter.strutynski@gmx.de
www.ag-friedensforschung.de

Redaktion:
Hugo Braun, Christine Buchholz, Bernd Guß, Lühr Henken, Dieter Lachenmayer, Werner Ruf, Bärbel Schindler-Saefkow, Peter Strutynski, Horst Trapp,
V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main,
Tel.: 0 69/24249950 · Fax: 0 69/24249951
e-Mail: Frieden-und-Zukunft@gmx.de

Bankverbindung:
Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01 · Kto.-Nr.: 2 00 08 13 90

Die Wahrheit stirbt schon vor dem Krieg

Liebe LeserInnen und Leser,

1979 wurde im deutschen Fernsehen der Vierteiler „Holocaust“ ausgestrahlt. Die in eine Spielfilmhandlung eingebettete Geschichtsdarstellung hatte weltweit eine große Resonanz, weshalb sich seitdem hierzulande der Begriff Holocaust als Umschreibung für den Massenmord an den europäischen Juden etabliert hat. Dieses zeigt, welche durchschlagende Wirkung die mediengerechte Aufarbeitung von historischen (und aktuellen) Themen haben kann.

Vor einigen Wochen war nun im deutschen Fernsehen ein Vierteiler zu sehen, der theoretisch auf eine ähnliche Resonanz hätte stoßen können. In dem Fernsehfilm „Gelobtes Land“ des britischen (jüdisch-stämmigen) Regisseurs Kosminsky wird der Konflikt zwischen Juden und Palästinensern von 1945 bis heute in allen Facetten ausgeleuchtet. In England gab es im letzten Jahr nach der erstmaligen Ausstrahlung neben begeisterten Kritiken auch wütende Proteste mit Argumenten wie „Antisemitismus“ und „neue Kategorie der Feindseligkeit gegenüber Israel“. Da diese Kritik aber – wenn man den Film selbst gesehen hat – auf schwachen Füßen steht, wundert man sich schon nicht mehr, dass dieser lediglich auf Arte ausgestrahlt und in der Presse – von einzelnen Ausnahme abgesehen - fast komplett übergangen wurde.

Diese Ausgabe des Friedensjournals steht ganz im Zeichen der Medienlandschaft und der veröffentlichten Meinung bzw. Meinungsmache. Das vorstehend genannte Beispiel gehört hierzu ebenso wie die Propagierung von Feindbildern, im letzten Jahr Gaddafi sowie aktuell Assad und (wieder) Ahmadinedschad.

Neben diesen Hassobjekten geht es dabei auch um die Methodik der Manipulation. Sabine Schiffer beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit der Überzeugungskraft von Bildern anhand von Beispielen aus der jüngsten Zeit. („Ein Bild sagt mehr als 1000 Worte“).

In der Bewertung der Massenmedien gibt es nicht nur in Deutschland die landläufige Unterscheidung zwischen seriösen und unseriösen Quellen. Das von uns erstellte Titelbild als Kollage verschiedener Titelseiten und Schlagzeilen zeigt bereits ohne weiteren Kommentar, dass diese Unterscheidung nur sehr eingeschränkt gilt. Die Rolle von sogenannten seriösen Medien kann allerdings kriegsentscheidend sein, wie letztes Jahr geschehen in Libyen. Die Quellen um Gaddafis angebliche Verbrechen waren sehr dürftig, wurden aber verstärkt durch den guten Ruf, den sich der Fernsehsender Al Dschasira aus der Vergangenheit aufgebaut hat. Joachim Guilliard beleuchtet in seinem Beitrag dessen Rolle bei der militärischen Eskalation in Libyen.

Natürlich thematisieren wir diese Geschehnisse hier vor allem deshalb, weil sich aktuell erschreckende Parallelen zur Eskalation des Bürgerkrieges in Syrien aufzeigen.

Kampagnen erfolgen heute nicht nur durch die klassischen Medien Zeitung und Fernsehen, sondern zunehmend auch über das Internet. Die lawinenartigen Volksaufstände im Maghreb vor mehr als einem Jahr wurden hierzulande von einigen Journalisten auch als „Facebook-Revolution“ bezeichnet, was aber sicher nicht der Realität gerecht wird. Tatsächlich werden über das Internet bereits seit Jahren zentral gesteuerte Kampagnen geführt. An vorderster Front steht hierbei die US-Organisation avaaz.org, die letztes Jahr ganz massiv für die Flugverbotszone über Libyen und damit den Türöffner für die militärische Intervention trommelte. Aktuell läuft eine ähnliche avaaz-Kampagne gegen Syrien. Die Journalistin Friederike Beck hat sehr intensiv über avaaz.org recherchiert. Wir haben in dieser Ausgabe eine kurze Zusammenfassung Ihres Artikels aufgenommen und empfehlen allen Lesern ihre umfangreiche Analyse an der genannten Internetquelle.

Das mediale Propaganda-Trommelfeuer zur Kriegsvorbereitung macht es auch für die Friedensbewegung schwer, sich auf das Hinterfragen des Wahrheitsgehaltes der Aussagen über den Dämon Ahmadinedschad einzulassen. Ähnliches gilt in Bezug auf Kampagnen gegen das Assad-Regime in Syrien angesichts einer komplexen Bürgerkriegsrealität mit äußerer Einmischung. Wir wünschen deshalb allen Lesern eine interessante Lektüre zu diesen schwierigen Themen, als Hilfestellung für eigene Positionierungen.

Karl-Heinz Peil

Wahrheitsfindung im Dschungel der Medien-Desinformation

von Sabine Schiffer, Institut für Medienverantwortung, Erlangen

Man wundert sich: konnte man in den letzten Jahren immer wieder feststellen, dass unsere Mainstream-Medien die offizielle Staatspolitik im Wesentlichen widerspiegelten, so schreiten sie mit Blick auf Syrien voran und verbreiten „humanitäre" Eingriffsstimmung – obwohl von politischer Seite kaum ein Interesse an einem Regimewechsel zu bestehen scheint, jenseits jeglicher Rhetorik.

Die klassischen Medien sollen eigentlich eine Macht-kontrollierende Instanz bilden, was aber heute kaum noch der Fall ist, da diese zunehmend dem Lobbyismus mitsamt finanzstarker Public Relations (PR) ausgesetzt sind. Dafür finden sich zahlreiche Beispiele von fragwürdiger medialer Verarbeitung bei Schlüsselthemen unserer Zeit, z.B. aus dem Bereich Völkerrecht. Hinzu kommt die komplette Nachrichtenunterdrückung bei bestimmten Themen, wie z.B. zur Uranmunition.

Das Völkerrecht ist komplex und wäre ein Thema für die Fortbildung von Journalisten, damit diese den gezielten Verwirrungen von politischer Seite etwas entgegen setzen können. So werden häufig Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates als „völkerrechtlich" interpretiert oder es wird häufig nur das humanitäre Völkerrecht bemüht und damit so getan, als befänden wir uns in einer Kriegssituation, in der man reagieren müsse und in der es nur um die Verhältnismäßigkeit der Mittel ginge.

Bilder haben Überzeugungskraft

Bilder haben eine besondere Überzeugungskraft, genießen einen starken Authentizitätsbonus. Exemplarisch kann man dieses anhand eines offiziell verbreiteten Videos aufzeigen, mit dem hierzulande die Rezeption des Überfalls auf die Gaza-Flottille 2010 erfolgte. Das von den Israeli Defence Forces (IDF) herausgegebene Filmmaterial half dabei, vom Völkerrechtsbruch des Aufbringens in internationalen Gewässern und des Tötens von Aktivisten durch die Streitkräfte abzulenken konnte. Mal abgesehen davon, dass das skandalisierte Einschlagen von Aktivisten auf der Mavi Marmara vom Recht auf Selbstverteidigung gedeckt gewesen wäre, ist der Wahrheitsgehalt der „bildbelegten" Behauptung immer noch zu überprüfen – wie man an diesem Standbild aus dem offiziellen Film sehen kann. Der Film von knapp über eine Minute Länge wurde geschnitten, verfremdet und weist – wenn man ihn Bild für Bild ansieht – einige Ungereimtheiten auf. Eine solche ist das Tragen einer Rollmaske durch einen der angeblichen Schläger. Diese militärische Ausrüstung war bei den Aktivisten nicht vorhanden. Möglicherweise handelt es sich hier um ein Trainingsvideo, worauf noch weitere Szenen mit weggehenden Soldaten und auch die Markierungen hindeuten, die ganz gezielt Aufmerksamkeit steuern sollen. Außerdem wurden Küchengeräte zusammengestellt und fotografiert, um nachzuweisen, dass Waffen an Bord der Mavi Marmara vorhanden waren.

Es herrscht ganz offensichtlich Verwirrung, wem „das Recht auf Selbstverteidigung" nach dem Völkerrecht eigentlich zusteht in einer solchen Situation – und welche Mittel damit für wen legitim sind. Eine Bildungsaufgabe! Aktuell würde sich nämlich aus völkerrechtlicher Sicht gar die Frage stellen, inwiefern angesichts verbaler und militärischer Aufrüstung rund um Syrien und Iran nicht längst deren Recht auf Selbstverteidigung einklagbar wäre.

Menschenrecht vor Völkerrecht?

Wie der in Deutschland lange Zeit herrschende Anti-Kriegs-Konsens gebrochen wurde, kritisierte bereits Jutta Ditfurth in ihrer Abrechnung mit ihrer ehemaligen Partei Die Grünen in ihrem Buch von 2002: „Das waren die Grünen. Abschied von einer Hoffnung". Dabei geht es vor allem um die „Verdienste" von Joschka Fischer als Außenminister der rot-grünen Koalition, der die Unterstützung für die deutsche Kriegsbeteiligung auf dem Balkan in seiner Partei durchsetzte. In dieser Phase sei es geschehen, dass das Menschenrecht über das Völkerrecht gestellt worden sei und in der Tat werden Menschenrechtsverletzungen als Vorwand für Kriegseintritte gezielt genutzt.

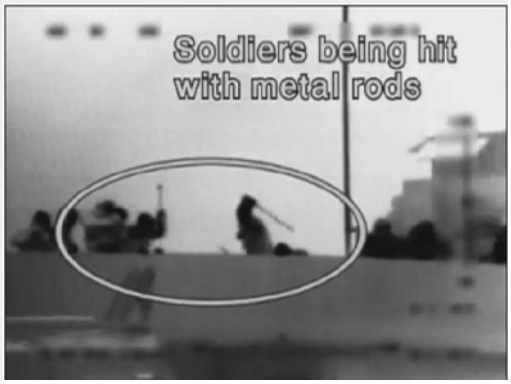


Foto: Screenshot des offiziellen IDF-Videos

Die beteiligten Public Relations Agenturen und deren Arbeitsweise beschreiben Jörg Becker und Mira Beham in ihrem Buch „Operation Balkan. Werbung für Krieg und Tod." Laut dem US-amerikanischen FARA-Register waren mindestens 30 solcher Agenturen an der Einstimmung auf den „gerechten", den „humanitären Krieg" beteiligt. Mit dem viel zitierten Satz Joschka Fischers „Nie wieder Auschwitz!" wurde zudem suggeriert, dass es sich nicht um einen Kriegsbeginn, sondern um eine Kriegsbekämpfung entsprechend dem Einsatz der Alliierten gegen Nazi-Deutschland handelte. Der geschichtsrelativierende Nazi- bzw. Hitler-Vergleich hatte bereits zu Zeiten des Golfkrieges gegen Saddam Hussein Einzug in die öffentlichen Diskurse gehalten. Und der „humanitäre" Spin sowie weitere Emoticons der Kriegs-PR treiben seither todbringende Urständ!

(Propaganda-)Krieg für Frauenrechte

Der Fall der Afghanin „Bibi Aisha" musste für so einen entwürdigenden Zweck herhalten. Während der Anwesenheit der NATO-Soldaten im Land wurde sie von ihrem Ehemann schwer misshandelt, Ohren und Nase abgeschlagen. Ihr Foto erschien genau zu dem Zeitpunkt auf der Titelseite des Time-Magazine, als durch Wikileaks-Veröffentlichungen Beweise für Kriegsverbrechen der NATO in Afghanistan auftauchten und eine Diskussi-

on über den möglichen Abzug der Truppen entbrannte. Der Ehemann der Fotografin Aryn Baker fürchtete einen Vertrauensverlust der Geldgeber für seine „Hilfsprojekte“ für Afghanistan. Und da dieses Bild genau in die üblich gewordene Strategie der Emotionalisierung und Feminisierung der Kriegsdebatte passte, wurde die Geschichte Bibi Aishas aus Sicht der Kriegs-PR zu einem vollen Erfolg. Die Truppen blieben „zum Schutz von Frauen und Mädchen“ und zum „Bau von Mädchenschulen“ im Land. Sich ändernde Kriegs-Gründe sollten stets stutzig machen: Das Ziel Osama bin Laden zu ergreifen und die Taliban zu bekämpfen wurde bald durch Brunnenbohren und Straßenbauen ersetzt, während die „Frauenrettung“ mal mehr und mal weniger bemüht wurde. Derlei Geschichten passen in die allgemeine Tendenz weg von der Information hin zu Stories of „human interest“, wie es das FÖG-Institut für die Schweiz kürzlich darlegte. Wäre es in Afghanistan wirklich um Mädchenschulen gegangen, hätte man die Sowjets dort belassen können – damals gingen die Mädchen zur Schule.

Foto: Titelseite Time Magazine Juli.2010

Diese selektive Instrumentalisierung von Frauenrechten, statt sich international um die berechtigten Belange von Frauen zu kümmern, gehört inzwischen zum festen Repertoire der Kriegs-PR in Deutschland und darüber hinaus. Auf Kriegs-PR haben sich einige Agenturen geradezu spezialisiert, dazu gehört neben der im Irak-Kuweit-Krieg berühmt gewordenen Agentur Hill & Knowlton (Stichwort: Brutkastenstory) auch die in Europa ansässigen Agenturen Aspect und adelphi consult, um nur einige Beispiele zu nennen.

Über manche Themen spricht man nicht

Umso wichtiger ist Imagepflege für die NATO, da sie teilweise giftige Munition „zur Befreiung“ der Menschen im Kosovo, im Irak und in Afghanistan einsetzte und dies könnte dem humanitären Image schaden. Angesichts ihres Machtapparates und gut vernetzter Strukturen, wie nicht zuletzt beim Murdoch-Skandal wieder deutlich wurde, ist es da wenig verwunderlich, dass Themen wie die täglichen Toten oder die steigende Missgeburtenrate in Afghanistan, sowie der Anstieg von Mehrfachkrebsen im Irak nicht gerade die Berichterstattung dominieren. Bis 2001 war Uranmunition und deren mögliche Folgen ein Medienthema. Dann verschwand es weitestgehend.

An einer Aufklärung der ungeklärten Fragen um den 11. September 2001 (9/11) besteht nicht nur wenig Interesse, sondern geradezu ein Tabu-Dogma, so dass jeder, der das Thema aufgreift, sich einer anti-amerikanischen oder gar antijüdischen „Verschwörung“ verdächtig macht. Marcus Klöckner beschreibt das Medienversagen in seinem Buch „9/11 Der Kampf um die Wahrheit“ sehr treffend. Darin markiert er zudem dieses Ereignis als Wendepunkt in der Mediengeschichte, weil eben die brennenden Widersprüche zu physikalischen Naturgesetzen beim Einsturz der drei Türme nicht von Vertretern der angeblich freien Medien, die die Mächtigen kontrollieren sollen, aufgegriffen werden. Klöckner mahnt aber auch die Schwächen der sog. Truther-Szene an und diese wiederum sind symptomatisch für so manchen Blog im Internet. Bei manchen Internet-Aktivisten scheint ein kontraproduktiver und höchst gefährlicher Mythos vor zu herrschen: Alles, was nicht in den Mainstream-Medien vorkommt, sei (automatisch) wahr! So vermischen stark frequentierte Blogs der deutschen Szene zum Themenkomplex 9/11 auch esoterische und verschwörungstheoretische Themen.

Gute Medien gibt es noch

Bezeichnend für die Berichterstattung ist das, was in der ARD anlässlich des weiter oben beschriebenen Falles von „Bibi Aisha“ beobachtet werden konnte: Trotz der früheren Aufklärung über Hintergründe „humanitärer“, emotionalisierender Spins und Propagandatechniken (beispielsweise im sog. Red Cell Paper), erkannte man in den Nachrichtenredaktionen wenig später die beschriebene Strategie nicht. Und genau das beobachten wir in Bezug auf noch vorhandene hervorragende Magazinsendungen und Reportagen: nämlich deren fehlenden Einfluss auf die tägliche Berichterstattung.

Verlässliche Informationen erhält man deshalb vor allem über andere Kanäle, wobei das Internet als Alternative durchaus Potential hat, aber nicht überschätzt werden darf. Gerade beim Thema 9/11 treten viele Websites auf problematische und leicht angreifbare Weise in Erscheinung. Dennoch gibt es empfehlenswerte Alternativen. Beispielhaft genannt werden sollen hier: NachDenkSeiten.de, hintergrund.de und Schattenblick sowie Kontext TV, Weltnetz TV, Telepolis, und speziell für Friedensfragen: imi-online, ag-friedensforschung und einige andere.

Aber auch gängige Zeitungen haben in den weniger aufmerksamkeitsrelevanten hinteren Teilen oftmals wichtige Informationen in kleinen Meldungen „versteckt“. Angesichts der begrenzten Aufmerksamkeit und Geldmittel (sprich: Recherchezeit – verstärkt durch das Internet als Druckmittel zu Eile und Prekarisierung im Journalismus), wird das, was Ignacio Ramonet die „demokratische Zensur“ nennt, immer relevanter. Ein Bewusstsein für die Strategien, die Aufmerksamkeit binden sollen, würde Medienmachern und Mediennutzern gleichermaßen helfen, um nicht einer unreflektierten Agenda zu folgen, sondern selbst zu definieren was wichtig ist und die eigenen Themen formulieren zu können. Dazu bedarf es systematischer Medienbildung mit evaluiertem didaktischem Material in Schulen und Fortbildungsinstitutionen - manchmal hilft auch schon eine gute Portion gesunden Menschenverstands.

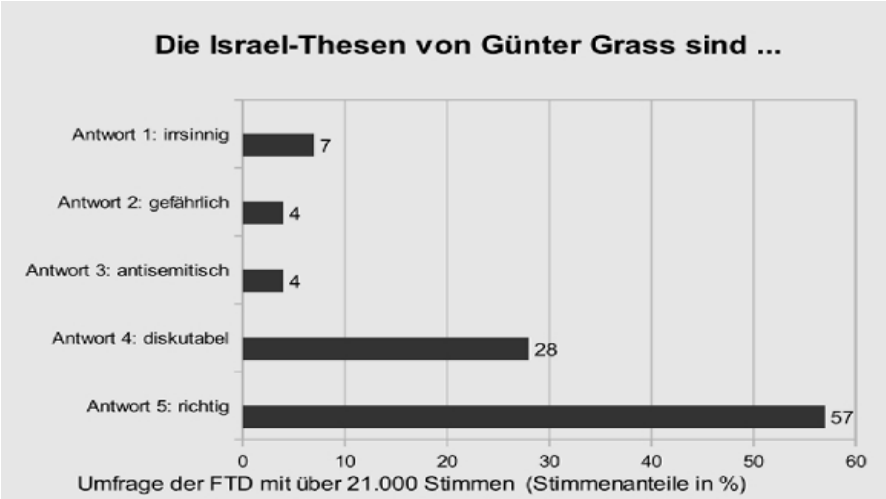
Mehr Infos:
www.medienverantwortung.de

Medien als vierte Gewalt – bedrohte Meinungsfreiheit

Interview mit Eckart Spoo, Mitherausgeber und verantwortlicher Redakteur der in Berlin erscheinenden Zweiwochenschrift „Ossietzky“

FJ : Günter Grass sprach kürzlich in seiner Entgegnung auf die gegen ihn gerichteten Vorwürfe von „fast gleichgeschalteten Medien“. Worin besteht diese Gleichschaltung?

Eckart Spoo: Ich kann nicht für Günter Grass antworten. Aber wie alle Zeitungsleser, Radiohörer und Fernsehzuschauer bin ich nach der Veröffentlichung seiner Warnung vor einem Angriffskrieg gegen Iran tagelang von früh bis spät mit bösartigen Reaktionen bedrängt worden. Bösartig gegen Grass, bösartig gegen Iran, bösartig gegen das Menschen- und Völkerrecht auf Frieden. Andere Stimmen fanden in den tonangebenden Medien zunächst kaum Beachtung, bis die Hetzkampagne ihre Wirkung getan hatte – beunruhigend gerade deswegen, weil sich fast alle Medien daran beteiligten. Im Internet meldeten sich zwar bald auch kritische, zu Frieden und Wahrhaftigkeit mahnende Stimmen, die aber gegen die publizistische Macht der großen Medienkonzerne wenig ausrichten konnten. Auch wenn diese Kampagne inzwischen abgeklungen ist, scheint es mir dringend notwendig, dass wir uns damit auseinandersetzen, denn die sogenannte Vierte Gewalt – neben Legislative, Exekutive und Judikative – hat sich hier als eine Bedrohung erwiesen, die wir sehr ernst nehmen müssen. Im Nu ließen sich Politiker verschiedener Parteien einspannen, auch derjenigen Partei, für die Grass jahrzehntelang geworben hat. Der Respekt, den man einem Nobelpreisträger üblicherweise entgegenbringt, wurde von Häme zersetzt, und jeder, der ähnlich denkt wie Grass (und das war, wie eine Umfrage ergab, die große Mehrheit) musste sich fortan überlegen, wie es ihm selber erginge, wenn er wagen würde, solche Gedanken zu äußern. Grass wurde so dargestellt, als wäre er ein alter Antisemit, der islamische Kräfte unterstützt, die Israel auslöschen wollen – wobei die Medien voraussetzten, dass die von ihnen seit Jahren verbreiteten Unwahrheiten über iranische Drohungen gegen Israel und über das iranische Atomprogramm sich längst im von ihnen zugerichteten Bewusstsein der Deutschen festgesetzt haben.



FJ: Rein äußerlich gibt es noch eine große Vielfalt der deutschen Medienlandschaft. Wodurch ergaben sich die mittlerweile vorhandenen Beschränkungen gegenüber der früheren Meinungsvielfalt?

Eckart Spoo: Eine große Vielfalt? Allenfalls am Kiosk im Hauptbahnhof, wo Mode-, Auto- und Computerzeitschriften ein buntes Bild ergeben. Aber in den meisten Regionen der Bundesrepublik erscheint infolge der Pressekonzentration jeweils nur noch eine einzige Tageszeitung. Man abonniert das Monopolblatt, weil man erfahren will, wer gestorben ist und was es im Kino gibt und wann der Sperrmüll abgefahren wird; außerdem erwartet man die Sportergebnisse und einen Überblick über das, was in Deutschland, Europa und der Welt sonst noch geschehen ist. Da die Nachbarn und Kollegen dasselbe Blatt lesen, findet man im Gespräch mit ihnen immer nur Bestätigung. Wenn alle das Gleiche erfahren, muss es wohl die Wahrheit sein. Zusätzlich eine überregionale Zeitung zu abonnieren, wäre zu teuer. Die regionalen Monopolblätter befinden sich größtenteils im Besitz einiger weniger Medienkonzerne, die auch an Buch- und Zeitschriftenverlagen, an Privatfunk und -fernsehen beteiligt und im Internet aktiv sind. Diese vielfach miteinander verwobenen Konzerne unterscheiden sich tendenziell kaum voneinander. Der Springer-Konzern hat seine Beschäftigten arbeitsvertraglich auf einige Grundsätze verpflichtet, zum Beispiel auf die Marktwirtschaft, also den Kapitalismus, und auf das Bündnis mit den USA. Damit ist klargestellt, dass sie über alle Kriege, an denen die USA beteiligt sind, einseitig zu berichten haben, parteiisch. In anderen Konzernen gelten solche Grundsätze ebenfalls, auch wenn sie nicht schriftlich niedergelegt sind. Dazu gehört auch die Kritiklosigkeit gegenüber der israelischen Regierung, dem israelischen Militär und dem israelischen Geheimdienst. Ich dagegen richte mich lieber nach dem Wunsch von Freunden in der israelischen Friedensbewegung: über die Politik des Staates Israel nicht weniger kritisch zu berichten als über die Politik jedes anderen Staates.

FJ: Gibt es in Deutschland eine Zensur ohne Zensurbehörde, d.h. eine „Schere im Kopf“, wenn es um bestimmte Themen geht?

Eckart Spoo: Im Kopf der Verleger und der von ihnen eingesetzten Chefredakteure ist die Schere fest installiert; entscheidend sind die Interessen des Konzerns, vor allem das Interesse an Fortbestand und Festigung der Besitz- und Machtverhältnisse. Junge Journalisten lernen schnell, was und wie sie berichten sollen und worüber lieber nicht. Wenn sie zweimal vergeblich ver-

sucht haben, ein Thema ins Blatt oder in den Sender zu bringen, versuchen sie es kein drittes Mal. Der Ressortleiter muss ihnen nichts ausdrücklich verbieten, wenn es genügt, dass er die Augenbrauen hochzieht. Diskussion findet in Kommerzmedien kaum statt. Wo immer mehr Stellen gestrichen werden und die verbliebenen Redakteure chronisch überlastet sind, kommen sie kaum zum Nachdenken und noch weniger zum Diskutieren – vorausgesetzt sie haben überhaupt die Courage, den Mund aufzumachen. Nach meiner Erfahrung ist Zivilcourage im Journalismus nicht häufiger anzutreffen als in anderen Berufen.

FJ: Sie waren bis 1997 Redakteur der „Frankfurter Rundschau", d.h. derjenigen Tageszeitung, die bis in die jüngste Zeit hinein noch das Image einer linksliberalen Zeitung hatte. Wie haben Sie selbst die Veränderungen dieser Zeitung über die letzten Jahre und Jahrzehnte wahrgenommen?

Eckart Spoo: Ich habe mehr als 35 Jahre für die FR gearbeitet. Seitdem hat sich dort viel geändert, beispielsweise in jüngster Zeit durch das Internet, durch die Schrumpfung des Auto-, Immobilien- und Stellenmarkts im Anzeigenteil, vor allem aber durch den Anschluss an einen der großen Medienkonzerne, DuMont-Schauberg, dem unter anderen schon die Pressemonopole in Köln und Halle und weitere Zeitungen in Berlin und Hamburg gehören. Ich war lange Zeit als innenpolitischer Korrespondent der FR tätig. Solche Stellen sind dort inzwischen gestrichen. Zu teuer. Ähnlich hat sich die Auslandsberichterstattung geändert. Die durch eine Gemeinschaftsredaktion verbundenen Zeitungen des Konzerns werden einander immer ähnlicher – wovor übrigens auch Bundeskanzlerin Merkel schon Anfang 2011 bei einem Verlagsempfang ausdrücklich gewarnt hat.

FJ: Gibt es in Deutschland überhaupt noch einen Qualitätsjournalismus, und welche Spielräume gibt es hierfür?

Eckart Spoo: Doch, mir fallen mehrere Namen ein. Mancher Verlag leistet sich einzelne sogenannte Edelfedern, denen er Zeit zu gründlichem Recherchieren und Nachdenken und sorgfältigem Formulieren einräumt, während andere Journalisten hauptsächlich damit beschäftigt sind, vorgefertigte Mitteilungen von Pressestellen mit ein paar Häkchen zu versehen. Selbstverständlich gibt es Spielräume, und es gibt nach Verfassungen, nach Presse- und Rundfunkgesetzen der Bundesländer einen öffentlichen Auftrag der Medien, an den zu erinnern wäre. Ohne zutreffende Information und freie Meinungsbildung können wir unsere Rechte in Staat und Gesellschaft nicht wahrnehmen. Wenn uns ein Journalist oder eine Journalistin auffallen, weil sie sich erkennbar Mühe geben, diesem Auftrag gerecht zu werden, sollten wir es nicht an Anerkennung fehlen lassen. Und wir sollten Beschwerden über Desinformation nicht zurückhalten. Unsere kritische Aufmerksamkeit kann helfen, die Spielräume zu erweitern. Die Pressefreiheit ist laut Grundgesetz kein Privileg von Verlegern, sondern ein Grundrecht jedes einzelnen, ein Anspruch, den wir gegenüber den Medien geltend machen müssen. Knapp und deutlich gesagt: Keine Demokratie ohne Demokratisierung der Medien. Das halte ich für eine zentrale politische Aufgabe. Den gegenwärtigen Zustand der Medien halte ich für verfassungswidrig.

FJ: Zur aktuellen Berichterstattung über Syrien: In welcher Relation sehen Sie hier Wahrheit, Verfälschung und Unterdrückung der Faktenlage?

Eckart Spoo: Neben der FR lese ich täglich eine in Berlin erscheinende Zeitung, die von einer Genossenschaft getragen wird: die „junge Welt". Sie hat eine eigene Korrespondentin in Syrien. Dadurch erfahre ich über diesen Krieg mehr und ganz anderes als die übliche Lügenpropaganda. Die Konzernmedien, aber leider auch die öffentlich-rechtlichen, unter den beherrschenden Einfluss der in Bund und Ländern regierenden Parteien geratenen Sender desinformieren uns über das Geschehen in und um Syrien ähnlich wie schon über die Kriege gegen Jugoslawien, Afghanistan, Irak und Libyen. Bevor US-amerikanische und britische Bomben auf Irak fielen, wollte ein Fernsehteam des „Westdeutschen Rundfunks" dort einen Film unter dem Arbeitstitel „Dem Feind ein Gesicht geben" drehen. Das Team kam aber nur bis zur jordanisch-irakischen Grenze. Dort wurde es nicht etwa von irakischen Grenzwächtern abgewiesen, sondern vom WDR zurückgerufen – „aus ARD-politischen Gründen". Dies wiederholt sich vor jedem Krieg: Der „Feind" darf kein Gesicht haben, ihm verpasst die Kriegspropaganda eine Fratze, in die man hemmungslos hineinschlagen kann. Er darf keine Stimme haben, sondern wird als erstes mundtot gemacht. Wir sollen glauben, mit ihm könne man nicht reden, nicht verhandeln. So werden Angriffskriege vorbereitet – was laut Grundgesetz strafbar ist. Guter Journalismus ist da nicht mehr gefragt. Ein Beispiel: Einer der angesehensten, zuverlässigsten deutschen Auslandsberichterstatter, Ulrich Tilgner, der für seine Berichterstattung über den Irak-Krieg 2003 den begehrten Hans-Joachim-Friedrich-Preis erhalten hatte, gab die Leitung des Teheraner ZDF-Büros auf, um seither für das Schweizer Fernsehen zu arbeiten. Dort, so erklärte er, habe er noch keine Eingriffe in seine Arbeit erlebt, von deutschen Medien dagegen fühle er sich zunehmend eingeschränkt, gerade auch bei der Berichterstattung aus Afghanistan. Die „massiven deutschen Interessen" dort wirkten sich auf die redaktionelle Unabhängigkeit der Sender aus. Die Einschätzung der Korrespondenten vor Ort spiele eine immer geringere Rolle, stattdessen arbeiteten die Redaktionen zunehmend in Absprache mit Politikern und Bundeswehr. –Daß ein hochgeehrter Medienmann eine solche Bilanz zog, hätte die Alarmglocken schrillen lassen müssen. Aber der Fall drang kaum an die Öffentlichkeit. Die meisten Medien schwiegen darüber. Mit Kritik, die sie nicht veröffentlichen, müssen sie sich nicht auseinandersetzen. So sind sie nahezu unangreifbar – es sei denn, wir würden beispielsweise in örtlichen Leser-Initiativen endlich anfangen, auf die Pressefreiheit als unser Grundrecht zu pochen.

Interviewfragen: Karl-Heinz Peil

“Israel von der Landkarte tilgen” - Wer bedroht wen?

Von Anneliese Fikentscher (verantwortliche Redakteurin der Zeitschrift Arbeiterfotografie) und Andreas Neumann (Redakteur der Zeitschrift Arbeiterfotografie), Köln

Die gegen den Iran gerichtete Kriegspropaganda wird im Wesentlichen getragen durch zwei falsche Behauptungen: 1. der Iran wolle Israel und die dort lebenden Juden auslöschen und 2. der Iran entwickele zu diesem Zweck die Atombombe.

Unbequeme Wahrheiten

Evelyn Hecht-Galinski fragt in ihrem im März 2012 erschienenen Buch: „*Warum dämonisiert man immer den iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschad, der nur unbequeme Wahrheiten ausspricht?“*

Und führt aus:

„...es wird mit den bekannten Unwahrheiten und bewussten Falschübersetzungen von Reden von Ahmadinedschad gearbeitet... Hier wird also eine gezielte Rhetorik - den Holocaust missbrauchend - eingesetzt. Erfunden von Israel-Lobbyisten und Thinktanks weltweit. Nicht der Iran als Atommacht ist die Bedrohung, sondern Israel mit seinen mindestens 200 Atomwaffen am Boden, zur See und in der Luft - zu benutzen um Iran, oder andere Gegner zu vernichten.“

Also: Wer bedroht wen? Der Iran Israel? Oder Israel den Iran? Es war auch das Anfang April 2012 veröffentlichte Gedicht „Was gesagt werden muss“ von Günter Grass, das darauf eine klare Antwort gibt. Israel ist das Land, von dem eine Bedrohung für den Weltfrieden ausgeht. Trotzdem enthält dieses Gedicht einen Wermutstropfen, denn darin wird der iranische Präsident als Maulheld tituliert und damit suggeriert, die ihm angedichteten Zitate seien Realität. Es ist bedauerlich, dass Günter Grass' Gedicht nicht auch in diesem Punkt dagegenhält, und so einen wichtigen Bestandteil der Kriegspropaganda stehen lässt..

Falsche Übersetzung – offiziell bestätigt

Wieder und wieder verbreiten große Teile der Medien seit Jahren die Behauptung, der Iran wolle „Israel von der Landkarte tilgen“. Dass diese Behauptung nicht zutrifft, hatten seinerzeit sogar Repräsentanten der Mainstream-Medien wie dpa und ZDF zugegeben.

„Die dpa wird in Zukunft bei der Berichterstattung darauf achten, dass der Iranische Präsident, Mahmud Ahmadinedschad, nicht die Auslöschung Israels oder dessen Tilgung von der Landkarte gefordert hat.“

(dpa-Chefredakteur Dr. Wilm Herlyn am 13.6.2008)

„Sie kritisieren, dass die Rede des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad falsch übersetzt worden sei. Wir können Ihrer Kritik zustimmen... Ich möchte Ihnen versichern, dass alle Kolleginnen und Kollegen über diesen Vorgang Kenntnis erhalten haben und die Übersetzung entsprechend berücksichtigen.“

(ZDF-Intendant Markus Schächter am 5.6.2008)

Was der iranische Präsident tut, ist, das den Palästinensern angetane Unrecht zu verurteilen und ein Ende der von Israel praktizierten Gesetzlosigkeit zu fordern. Auch in dem am 19.3.2012 gesendeten Interview des ZDF tut er dies. Als Interviewer Claus Kleber ihn darauf anspricht, er habe gesagt, Israel werde „von der Landkarte verschwinden“, macht Ahmadinedschad deutlich, dass es ihm um das Ende von „Besatzung und Verbrechen“ geht, um die Beendigung der Terrorisierung der Palästinenser durch Israel. Und er spricht von einem freien Referendum, mit dem die Menschen über ihre Zukunft entscheiden - in der Hoffnung, dass damit das über Israel und Palästina herrschende zionistische Regime abgewählt wird. Das ist keine Vernichtungsdrohung sondern die Orientierung auf eine demokratische Entscheidung, mit dem Ziel, eine gerechte Lösung herbeizuführen.

„Iran hat keine Pläne, Israel anzugreifen.“ Das hat Ahmadinedschad am 8.7.2008 in Kuala Lumpur gesagt. Er antwortet damit auf die Frage, ob der Iran beabsichtige, Israel zu zerstören und das jüdische Volk auszulöschen. Und weiter sagt er:

„Die Zionisten werfen uns Vorbereitungen auf einen möglichen Angriff vor. Das ist aber eine Lüge. Die iranische Nation hat nie in ihrer Geschichte jemanden angegriffen.“

Und gegenüber dem italienischen Fernsehen RAI sagt er Anfang Juni 2008.:

„*Was ich über das zionistische Regime gesagt habe, war vor allem eine Ankündigung. Was ich ankündigte, war, dass dieses Regime sich bald auflöst und zusammenbricht.“*.

Günter Grass hat von einer weitgehenden Gleichschaltung der Medien gesprochen. Diese Gleichschaltung kommt zum einen zum Ausdruck in der Verbreitung verfälschter Informationen und zum anderen in der Unterdrückung von Informationen, die die Verfälschung offenbar lassen würden. Es ist ein System, das erschreckend gut funktioniert - scheinbar ohne jede Steuerung.

„Irans Aussage von der Zerstörung Israels darf in der Übersetzung nicht verloren gehen.“

Das ist am 22. Juni 2008 die Überschrift eines Artikels in der 'Jerusalem Post' von Joshua Teitelbaum vom 'Jerusalem Center for Public Affairs'. Würde die Behauptung, Iran wolle Israel (per Atombombe) zerstören, 'verloren gehen' - so müssen wir schließen - würde ein mit großem Aufwand aufgebautes Bedrohungsszenario in sich zusammenbrechen, und einem Krieg gegen den Iran würde jegliche Legitimation entzogen. Deshalb schlägt Joshua Teitelbaum Alarm. Sein Appell liest sich wie eine Anweisung an die Medien. Und tatsächlich haben sie ihr wider besseres Wissen weitgehend Folge geleistet. So ist aus der Fälschung durch jahrelange tausendfache Wie-

derholung eine vermeintliche Tatsachenbehauptung geworden.

Ahmadinedschad als Holocaust-Leugner?

Dabei ist das angebliche Zitat mit der Behauptung, der Iran wolle Israel von der Landkarte tilgen, nur ein Beispiel. Wo es sich anbietet, werden Äußerungen des iranischen Präsidenten verfälscht. Dazu zählen auch seine Äußerungen, in denen er den Holocaust thematisiert, die ihm regelmäßig als Holocaust-Leugnung ausgelegt werden - so auch wieder in Zusammenhang mit dem ZDF-Interview vom März 2012.

Unmittelbar im Anschluss an das Interview hören die Zuschauer eine kommentierende Stimme, die nahe legt, der iranische Präsident habe den Holocaust geleugnet. Auch in den über das Interview berichtenden Medien wird diese Behauptung erhoben, z.B. im 'Tagesspiegel' am 21.3.2012. Dort erscheint ein Interview mit Claus Kleber. Der wird gefragt:

„Ahmadinedschad hat in dem Gespräch erneut den Holocaust als Lüge bezeichnet. Warum haben Sie nicht widersprochen?“

Statt auf die in dieser Frage enthaltene Falschbehauptung hinzuweisen, bestätigt Kleber die Falschaussage.

Foto: Wand vor der früheren US-Botschaft in Teheran

Aber das ist kein Einzelfall. Die Medien sind voll von der Behauptung der Holocaust-Leugnung. Einen propagandistischen Höhepunkt in der Medienlandschaft hat die „taz“ zu bieten. Sie operiert in einem Kommentar vom 20.3.2012 mit folgendem Wortlaut:

„Vor allem leugnete das iranische Staatsoberhaupt den Holocaust in einer so stumpfen Art und Weise, dass einem die Spucke wegblieb. So etwas hat es im deutschen Fernsehen zur besten Sendezeit noch nicht gegeben... Und der Irre aus Teheran ist so von Judenhass zerfressen, dass er selbst sechs Millionen tote Juden noch entehren will, indem er den Mord an ihnen leugnet.“

Und in ihrem 'Bericht' vom gleichen Tag belegt die „taz“ den Vorwurf der Holocaust-Leugnung mit einem falschen Zitat. Der iranische Präsident habe gesagt, Israel sei ein künstliches Land, *„entstanden durch eine Lüge mit dem Titel Holocaust“*. Das ist wieder eine der zahlreichen bösartigen Verfälschungen.

Tatsächlich hat der iranische Präsident auf die Frage „Bezeichnen Sie Israel als ein künstliches Land?“ geantwortet:

„Ja sicher. Das wissen Sie auch... das wissen auch die anderen. Wie ist dieser Staat, dieses Regime zu Stande gekommen? Das ist eine kolonialistische Planung gewesen, das weiß jeder. Entstanden durch eine Lüge. Die sind niemals Herrscher dieses Landes gewesen.“

Ahmadinedschad erläutert also, wie der Vorwurf der Lüge zu verstehen ist. Seiner Meinung nach ist die historische Darstellung falsch. Er bezweifelt den historischen Legitimationsanspruch Israels. Ihm geht es zudem darum, deutlich zu machen, dass die Palästinenser keine Verantwortung für den Holocaust tragen und deshalb der Holocaust nicht für Verbrechen, die Israel an ihnen begeht, instrumentalisiert werden darf.

Um es noch einmal klar zu formulieren: Die Verfälschung von Äußerungen des iranischen Präsidenten dient dem Ziel, die Bedrohungssituation auf den Kopf zu stellen. Der potentielle Täter stellt sich als Opfer dar, dem ein 'atomarer Holocaust' droht. Derjenige, dem tatsächlich ein (atomarer) Angriff droht, soll als Täter hingestellt werden. Diejenigen, die Palästina Stück für Stück von der Landkarte tilgen, richten den Vorwurf gegen diejenigen, die diesen Vorgang als Unrecht verurteilen. Darum geht es.

Gegenöffentlichkeit aufbauen!

„Am schlimmsten wäre ein Angriff auf das Atomkraftwerk Buschehr. Je nachdem, welche Teile der Anlage wie stark zerstört würden, könnte es zu ähnlichen Situationen kommen wie nach den Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima.“

Das steht beiläufig in einem Artikel, der am 10.04.2012 in der Süddeutschen Zeitung erschienen ist. Es ist begrüßenswert, dass dies überhaupt Erwähnung findet, aber es geht weitgehend unter in der Flut desorientierender Darstellungen. Selbst in Publikationen der Friedens- und Anti-Atom-Bewegung wird die drohende Wirkung nicht mit der gebotenen Entrüstung zum Thema gemacht.

Entscheidend ist, die Aufklärung über verfälschende Darstellungen, so zeitig wie irgend möglich vor Beginn eines Krieges einsetzen zu lassen. Nur so besteht eine gewisse Chance, einen Krieg zu verhindern. Wenn er erst einmal begonnen hat, ist es definitiv zu spät. Ein weiteres Hiroshima oder Fukushima kann allenfalls verhindert werden, wenn wir jetzt im Vorfeld gegen die Kriegspropaganda Sturm laufen.

ARBEITER FOTOGRAFIE

Zum Selbstverständnis des Bundesverbandes Arbeiterfotografie:

Arbeiterfotografie seit ihren Anfängen ist Gegenposition, Information und Aufklärung mit überwiegend bildnerischen Mitteln, verstärkt in neuester Zeit zunehmend mit den Mitteln der Medienkritik.

Der Kritik der interessengelenkten Verdummungsmaschinerie muß heute wie in den Anfängen der Arbeiterfotografie große Bedeutung beigemessen werden, wenn man bei intensiverer Beschäftigung mit der Materie erkennt, wie gewaltsam, allgegenwärtig penetrant und perfide die gegnerischen Methoden sind.

„Bild“ und „Bertelsmann“ galt es schon immer etwas entgegenzusetzen - Methoden zu durchleuchten, und jetzt erst recht, wo sich die Medienlandschaft verdichtet, Pressefreiheit und Pressevielfalt immer fragwürdiger werden, wo die Beziehungen von Presse und Politik immer offensichtlicher werden .

www.arbeiterfotografie.com

Wie Al Dschasira den Propagandakrieg gegen Libyen gewann

Von Joachim Guilliard, Heidelberger Forum gegen Militarismus und Krieg

Vor einem halben Jahr, nach der Ermordung dessen bisherigen Staatsoberhaupts Muammar Al-Gaddafi, erklärte die NATO den Krieg gegen Libyen für beendet. Bald verschwand das nordafrikanische Land auch aus den Medien. Die dortige Entwicklung nach der „Befreiung“ ist kein Thema mehr, steht nun doch mit Syrien der nächste Kandidat für einen „Regime Change“ im Zentrum des Interesses. Ein Blick auf das heutige Libyen, in dem seither Chaos, Willkür und Gewalt herrscht, würde dabei nur stören.

Ungeachtet dessen wird Libyen von führenden westlichen Politikern und Think Tanks, wie z.B. die Friedrich Ebert Stiftung, die militärische Intervention in Libyen als erfolgreiches Modell des neuen Konzepts „Verantwortung zum Schutz“ gefeiert. Vor kurzem hat der US- Militärminister Leon Panetta vor dem Streitkräfteausschuss erneut betont, dass die Erfahrungen in Libyen die Politik seiner Regierung gegenüber Syrien leiten würden. Es bleibt daher überaus wichtig, sich zu vergegenwärtigen, wie im Frühjahr letzten Jahres innerhalb eines Monats die nötige Stimmung für den Krieg gegen ein Land bzw. eine Regierung geschaffen werden konnte, mit der man bis dahin einen geschäftigen Umgang pflegte.

Einseitigkeit als Prinzip: Diktator gegen das Volk

Entscheidend war die Schaffung eines weithin akzeptierten Bildes des Konflikts als ein Kampf zwischen „Diktatur“ und „dem Volk“, in dem die libysche Regierung mit brutaler militärischer Gewalt gegen unbewaffnete Demonstranten vorging, die nichts weiter taten, als friedlich gegen ein repressives Regime protestieren, das willkürlich ganze Stadtviertel und sogar Demonstrationen bombardieren ließ und im Falle der Niederschlagung der Revolte Blutbäder anrichten würde.

Dies geschah, indem die Medien nahezu ausschließlich die Darstellung oppositioneller Kreisen zur Basis ihre Berichterstattung machten, die Gewalt der Regierungskräfte massiv übertrieben und die der Aufständischen vollständig ausblendeten. Berichte unabhängiger Beobachter wie auch des Personals europäischer Botschaften, die den Meldungen häufig widersprachen, wurden ignoriert.

Die Stimmungsmache gipfelte schließlich in der Behauptung, die libysche Regierung würde aus Kampfflugzeugen und -hubschraubern auf friedliche Demonstranten feuern lassen. Obwohl es dafür – wie sowohl das Pentagon als auch die Bundesregierung später einräumten – keinerlei Beweise gab, war sie Grundlage für die Forderung nach einer Flugverbotszone über Libyen und die Resolution des UN-Sicherheitsrates.

Das zweite Argument, mit dem für eine militärische Unterstützung der Aufständischen getrommelt wurde, war die Behauptung, Ghaddafi habe den Rebellen ein Blutbad angedroht und in der kurz vor einer Rückeroberung durch Regierungstruppen stehenden Stadt Bengasi drohe daher ein Massaker, wenn nicht ein »Genozid«.

Tatsächlich hatte Ghaddafi nur angekündigt, man werde »Straße für Straße, Haus für Haus durchkämmen«. Und wer den Soldaten »mit der Waffe in der Hand« entgegentrete, für den gebe es »keine Gnade«, wer die Waffen niederlege, dem werde nichts geschehen. Auch einen Fluchtweg in Richtung Ägypten bot er an, um einen »Kampf bis zum bitteren Ende« zu vermeiden. In keiner der bis dahin von Regierungskräften zurückeroberten Städte hatte es Massaker gegeben.

Gezielte Propaganda aus Katar

Eine wesentliche Rolle bei der Manipulation der öffentlichen Meinung im Fall Libyen spielte Al-Dschasira, die TV-Station des Emirs von Katar, einem Intimfeind Gaddafis. Der arabische Satellitensender hatte sich in den Jahren zuvor einen ausgezeichneten Ruf erworben und galt [insbesondere durch seine mutige und kritische Berichterstattung in den Kriegen gegen Irak, Libanon und Gaza] geradezu als Hort eines unabhängigen Journalismus. Mit Beginn des „arabischen Frühlings“ wurde er jedoch – wie sein saudi-arabisches Pendant, Al Arabiya – zum bloßen Regierungssender, der sich z.B. in Bahrain völlig auf die Seite der Herrscherfamilie stellte. Die gute Reputation trug im Falle Libyens wesentlich zum Erfolg der Propaganda bei, indem er, so der algerische Politologe Djamel Labidi, die von den Aufständischen präsentierten Meldungen zu weltweit akzeptierten „Nachrichten“ aufwerten konnte.

Passende Meldungen zum „passenden“ Zeitpunkt

Al-Dschasira war es dann auch, der in entscheidenden Momenten den Interventionswilligen die passenden Meldungen lieferte – nicht als Reportagen vom Ort des Geschehens, sondern via »Zeugen«, die aufgeregt über Telefon berichten.

So auch am 21. Februar als er die atemlose Telefonstimme eines gewissen Adel Mohamed Saleh in eine Nachrichtensendung einspielte, der von Luftangriffen auf die Teilnehmer einer riesigen Anti-Regierungsdemonstration in Tripolis berichtete. „Was wir hier beobachten, ist unvorstellbar. Kampfflugzeuge und Hubschrauber bombardieren willkürlich ein Gebiet nach dem anderen. Es gibt viele, viele Tote.“ Jeder, der wage, Verletzten zu Hilfe zu kommen, werde von »Scharfschützen und ausländischen Söldnern« beschossen. Vom Sender mit Bildern eines Zugs friedlicher Demonstranten unterlegt, richtete der Mann am Schluss flammende Appelle an die „internationale Gemeinschaft“, den „Massakern“ nicht weiter tatenlos zuzuschauen, sondern einzugreifen und ein „Flugverbot“ durchzusetzen. Überall fielen Bomben, wenn nichts geschehe, „würde die libysche Bevölkerung ausgelöscht“, es gebe „einen Genozid, ein Blutbad, Massenmorde wie in Ruanda“, so die Behauptung.

Salehs Telefonat enthielt alle Stichworte, die in den kommenden Wochen die Debatte über eine Militärintervention prägen sollte, von den „Luftangriffen auf friedliche Demonstranten“ über

„Söldner“ bis zu „Blutbad“, „Genozid“ und schließlich „Flugverbot“.

Viele Behauptungen

Ohne diese Nachricht zu überprüfen, wurde sie von fast allen westlichen Medien weiterverbreitet. Oft fehlte der Verweis auf Al-Dschasira, zitiert wurde jedoch stets der gleiche Zeuge: Adel Mohamed Saleh. Schließlich erhob UN General Sekretär Ban Ki Moon die Behauptung zum erwiesen Fakt, indem er sie in einer Stellungnahme mit einer Sicherheit wiedergab, als wäre er dabei gewesen.

Auf Bildern der angeblich attackierten Orte waren allerdings keine Spuren eines Bombardements zu entdecken. Der russische Generalstab schloss, gestützt auf die eigene Luftaufklärung, solche Angriffe kategorisch aus. Auch viele westlichen Experten bezweifelten sie sehr. Wäre dies der Fall gewesen, wüssten wir viel mehr darüber, so z.B. der ehemalige britische Botschafter in Libyen, Oliver Milnes, der die Forderung nach Flugverboten als völlig unangemessen zurückwies. Selbst dafür, dass an diesem Tag eine „riesige Demonstration“ stattfand, gibt es keine glaubwürdigeren Hinweise.

Der ebenfalls kolportierte Vorwurf, Ghaddafi habe eine große Zahl ausländischer Söldner gegen die Aufständischen eingesetzt, wurde später, wie der von Massenvergewaltigungen, von der Menschenrechtsorganisation Amnesty International, die sie vor Kriegsbeginn noch selbst verbreitet hatte, widerlegt.

Al Dschasira-Quellen von “Augenzeugen“

In der Nacht zum 19. März 2011, unmittelbar nach dem Sicherheitsratsbeschluß, der die »Willigen« zum Krieg ermächtigte, inszenierte Al-Dschasira einen ähnlich dramatischen Auftritt. Diesmal behauptete der anrufende »Augenzeuge«, die libysche Regierung würde, entgegen ihrer Zusage, die verordnete Waffenruhe nicht einhalten. Regierungstruppen seien »in die Vororte von Bengasi eingedrungen«. Im Anschluß interviewte der Sender sofort die US-Botschafterin bei der UN, Susan Rice, und fragte sie dabei mit großer Empörung, warum nichts unternommen werde, den bedrohten Rebellen zu helfen, »bevor es zu spät ist«. Als habe sie nur darauf gewartet, verkündete Rice nur Minuten später selbst, Ghaddafi habe den Waffenstillstand gebrochen. Andere große Medien übernahmen diese Nachricht wiederum sofort als Fakt. Deren Reporter hatten zwar selbst nichts gesehen, befanden sich aber »vor Ort« und verliehen dadurch der Meldung die nötige Glaubwürdigkeit. Die libysche Regierung, die natürlich den NATO-Staaten keinen Vorwand für eine Militärintervention liefern wollte, bestritt, angegriffen zu haben. Vielmehr seien Rebellenmilizen auf Stellungen der Regierungstruppen vorgerückt. Videoaufnahmen von AFP bestätigten dies1 und auch aus anderen Gebieten wurden Angriffe von Rebellen gemeldet. Die simple Tatsache, dass die Forderung nach Waffenruhe selbstverständlich für beide Seite gelten mußte, wurde jedoch auch in den Medien durchweg ignoriert.

Wenige Stunden später wurde auf dem Gipfeltreffen in Paris der Beginn des Luftkriegs beschlossen, die französischen Bomber waren zu dem Zeitpunkt schon im Anflug.

Syrien: Ähnlichkeiten nicht zufällig

Auch in Syrien stützt sich die Berichterstattung der westlichen Medien auf oppositionelle Kreise und Al Dschasira. Beobachter vor Ort, vom französischen Botschafter, über das Nahostteam der International Crisis Group, Publizisten wie Jürgen Todenhöfer bis zur Beobachtermission der Arabischen Liga, die den bisher wohl objektivsten Bericht über die Situation vorlegte, kritisieren eine grob einseitige und oft unwahre Berichterstattung. Ein großer Teil der Meldungen, die nachrecherchiert wurden, erwiesen sich als systematische Falschmeldungen.

Auch wenn sich hier auch westlichen Mainstream-Medien, wie ARD, ZDF die Zeit und der Spiegel unangenehm hervortun, so prägt auch im Falle Syrien Al Dschasira in hohem Maße das Bild des Konflikts – sowohl im Ausland als auch im Land selbst – wenn auch dort im geringeren Maße. Während gemäß einer von Katar beauftragen Umfrage 55% der Syrer an ihrem Präsidenten festhalten wollen, fordern in den entfernteren arabischen Länder 80% aller Befragten dessen Abtreten.

Glaubwürdigkeit von Al Dschasira schwindet

Der Lack ist jedoch schon stark abgeblättert. Immer mehr renommierte Journalisten verlassen den Sender, weil sie die einseitige Berichterstattung zugunsten der Rebellen nicht mehr mittragen wollen. Er sei zu einer „Medien-Kriegsmaschine“ verkommen, erklärte z.B. Ali Hashem der vom Libanon aus über den bewaffneten Aufstand im Nachbarland berichtet hatte. Al-Dschasira liefere den syrischen Rebellen Handys und Satellitentelefone, damit sie immer und von überall Bilder liefern und den Nachrichtensendungen zugeschaltet werden können. Einige der Freischärler würden praktisch als Korrespondenten geführt. Von Beginn der Proteste an habe man gewusst, so Hashem in der britischen Tageszeitung The Guardian, dass Kämpfer vom Libanon aus nach Syrien eindrangen. Im Mai letzten Jahres hatten sie zum ersten Mal auch filmen können, wie Dutzende Bewaffnete die Grenze überschritten. Der Sender habe aber unter allen Umständen das Bild von einem friedlichen Aufstand bewahren wollen, der von einem brutalen Regime zusammengeschossen werde. „Meine Vorgesetzten sagten mir, ich solle die Bewaffneten vergessen.“

Regelmäßig vor wichtigen Treffen des UN-Sicherheitsrats sorgten Meldungen über besonderes brutale Massaker der Regierungstruppen für mediale Aufregung[, so als ob die syrische Regierung es mit Gewalt auf eine Verurteilung anlegen würde.] Sie erweisen sich hinterher als unhaltbar oder maßlos übertrieben. Wären Russland und China diesmal nicht standhaft geblieben, hätten auch sie den Weg zur Intervention ebnen können.

Avaaz.org und der geheime Informationskrieg um Syrien

von Friederike Beck, Journalistin

Der vorliegende Beitrag ist die zusammenfassende Kurzfassung einer umfangreichen Analyse, die nachzulesen ist auf: www.zeitgeist-online.de/

Zugegeben, ich hab's auch schon mal getan – bei Avaaz.org etwas unterschrieben und den Spendenknopf gedrückt. Irgendwoher hatte ich eine E-Mail erhalten mit einem Aufruf, der sich gegen Bienen gefährdende Pestizide wandte. Ich unterzeichnete online und bin seitdem „Mitglied".

Es blieb jedoch nicht bei der Rettung von Bienen, Walen und Nashörnern, sondern wurde richtig politisch. Letztes Jahr häuften sich im Zusammenhang mit Libyen hochemotionale Aufrufe zugunsten der „Rebellen" und gegen Gaddafi, und jetzt – same procedure like last year – Aufrufe für die Aufständischen in Syrien und gegen Assad. Ein knapper, drastischer Bericht im Agitprop-Stil beschreibt jeweils die Notwendigkeit des Handelns für die Avaaz-„Mitglieder" per Onlineunterschrift und/oder Spende. Das Ergebnis kontrolliert ein Unterschriftenzähler: Kein Zweifel, da ist mächtig was los, im Sekundentakt regnet es neue Unterschriften.

Das Erscheinungsbild

„Avaaz ist ein weltweites Kampagnen-Netzwerk, das mit Bürgerstimmen politische Entscheidungen beeinflusst", so heißt es vollmundig auf der Internetpräsenz.

„Avaaz-Mitglieder stammen aus allen Winkeln der Erde und Gesellschaftsschichten. Seit 2007 wurde Avaaz zu einer gewaltigen globalen Bewegung, die politische Entscheidungen weltweit beeinflusst. Avaaz hat eine einfache demokratische Mission: Gemeinsam die Lücke zwischen der Welt, die wir haben und der Welt, die wir uns wünschen zu schließen. Avaaz mobilisiert Bürgerstimmen, um dringende Krisen zu bewältigen."

Die in mehreren Weltsprachen auftretende Organisation, auf vier Kontinenten präsent, verspricht den Unterzeichnern, an geeigneter Stelle, ganz oben, Druck auszuüben. Man findet sich in eine weltweite Bewegung integriert, hochprofessionelle Aktivisten an der Spitze, die Kampagnen lostritt, um im Ergebnis sagenhaft erfolgreich zu sein, so scheint es. Avaaz gibt sich jung, engagiert, handlungsorientiert – die Internetgeneration in Aktion.

Mit dem Ausfüllen eines knappen Internetformulars und der Unterschrift bei irgendeiner Onlineaktion wird man augenblicklich „Mitglied"; der Mitgliederzähler befindet sich derzeit bei über 14,2 Mio. weltweit und ständig werden es mehr. Avaaz-Aufrufe strotzen vor Selbst- und Sendungsbewusstsein, trillern die Empfänger mit hohen Dringlichkeitsstufen und behaupten, dass vom unmittelbaren Handeln der Mitglieder Leben und Tod anderer abhinge. Die Aktionsplattform hält ihre Mitglieder laufend über ihren Kampagnen auf dem letzten Stand. Die eigene Durchschlagskraft wird damit belegt, dass wieder einmal bei einem G20- oder G8-Gipfel Avaaz-Aktivisten, mit Unterschriften beladen, bei den Entscheidungsmachern selbst „Druck machten" und Entscheidungen hätten beeinflussen können. Avaaz – eine moralische Instanz, Weltgewissen und global Player, „die Welt in Aktion"? (Avaaz-Slogan).

Die Organisation

Avaaz wurde im Januar 2007 in New York gegründet und startete mit einem Kapital von einer Million US-Dollar. Im Januar 2011 konnte die Organisation sich zum ersten Mal in allen Bereichen (Angestelltengehälter, Büromieten, Kosten für die Kampagnen) durch Spenden ihrer Mitglieder finanzieren, so die „Times"2. Begründer sind eine Reihe von Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), verschiedene US-Stiftungen sorgten für die Anschubfinanzierung.

Der Avaaz-Vorstand besteht zurzeit aus dem Präsidenten Ricken Patel sowie Eli Pariser und Ben Brandzel. Weiterhin gibt es 52 festangestellte „Avaazer".

Schon an diesem Punkt lässt sich sagen, dass es sich bei Avaaz wohl kaum um eine „Graswurzelbewegung" junger Idealisten handeln kann, sondern um eine von äußerst mächtigen und extrem reichen US-Eliten gegründete Organisation.

E-Campaigning mit viel Technik und Psychologie

Avaaz erklärtes Ziel ist die Mobilisierung von Menschen weltweit (= Klick: Unterschrift und/oder Spende). Mit diesem Ziel im Blick setzt Avaaz ganz offensichtlich psychologische Erkenntnisse ein: Denn für das Ziel der Mobilisierung liefert die Organisation nicht saubere, nachvollziehbare Informationen, was den (langsameren) Verstand, die Rationalität der Avaaz-Kunden ansprechen würde, sondern dieser wird bewusst mit Bildern überrannt bzw. letztlich ausgeschaltet. „Bauchgefühl"-Bilder sollen in Kombination mit der Vermittlung von Dringlichkeit und Leidenschaft in den Appellen der Kampagnen Emotionen hervorrufen, welche die gewünschte Reaktion produzieren. Avaaz nützt für seine Kampagnen das „hohe Informationsniveau" seiner Klientel durch die Medien. Der Kampagnenjournalismus der Massenmedien wird also von der Organisation für ihre jeweiligen E-Kampagnen ausgenutzt.

Avaaz wurde im Juli 2007 zum offiziellen weltweiten Kampagnenpartner von Al Gore (gegen Klimaerwärmung und CO2) und den Live-Earth-Konzerten. Avaaz-Mitglieder organisierten am Abend der Events Tausende von Veranstaltungen in über 100 Ländern, und Zehntausende unterschrieben das Klimaversprechen (!), eine Art Gelöbnis, um konkrete persönliche Schritte zu unternehmen.

Eine unübersehbare Anzahl prominenter Konzertpartner (u. a. Bon Jovi. Duran Duran, Lenny Kravitz) und Moderatoren (Leonardo di Caprio, Al Gore und David de Rothschild) emotionalisierten das Thema und produzierten ihrerseits durch die gigantischen weltweiten Konzertserie mindestens 110.000 Tonnen CO2, wie der „Spiegel" damals schrieb.

Es scheint, dass bei Avaaz die Kampagnen-Themen durch das Avaaz-Direktorium vorgegeben werden, oft unter Ausnutzung von bereits angelaufenen Kampagnen der Massenmedien (was ihnen schon den Vorwurf von Trittbrettfahrerei einbrachte). Für die Themenwahl stehen Avaaz aber auch externe Spezialisten zur Verfügung. Es gibt, zumindest vordergründig, gewisse demokratische Elemente bei der Themensetzung, wie relevant sind diese aber wirklich?

Avaaz behauptet, die Kampagnenthemen auch in Abstimmungen unter seinen „Mitgliedern" zu erheben. Dafür werden jährliche Tests bzw. Befragungen durchgeführt. Allerdings waren es letztes Jahr nur 10.000 (!) Mitglieder, so die „Times" vom 9.2.2011 (bei aktuell über 14 Mio.).

Die Behauptung einer erfolgreichen Kampagne ist letztlich nicht überprüfbar, die Akteure sind einfach zu weit weg; sowohl Avaaz und sein professioneller Mitarbeiterstab, als auch politische Akteure auf irgendeinem G8- oder G20-Gipfel. Der Avaaz-Anspruch, eine Art basisdemokratische Graswurzelbewegung zu sein, stößt fühlbar an Grenzen da, wo Überprüfbarkeit aufhört. Das ist auch die Hauptkritik am Anspruch der Organisation, eine Art planetares Menschheitsforum, eine bessere UNO oder eine digitale Weltdemokratie zu sein: Demokratie ist letztlich nur in überschaubaren Räumen möglich bzw. durchführbar – dort, wo Transparenz zugelassen wird und überprüfbar ist. Avaaz – mehr gesteuerte Klickokratie als Demokratie?

Obwohl Avaaz in New York sitzt, verzichtet die Organisation ganz auffällig auf Themen, die auch progressive US-Amerikaner in nennenswertem Ausmaß angesprochen hätten: nämlich z. B. die Forderung nach Abschaffung der Todesstrafe in den USA. Merkwürdig ist weiterhin, dass sich in dem zur Bewertung gestellten Themenkatalog der angeblichen Idealistengemeinde keine Forderung nach Abschaffung des Hungers oder des Kriegs schlechthin findet.

Kriegsvorbereitung per Internetkampagne

Avaaz nutzt ganz offensichtlich die bereits seit Monaten laufende Medienkampagne gegen Syrien, die den Boden bereitete für die eigene Kampagne.

Wer dachte, Avaaz würde sich auf das Briefeschreiben und Spendensammeln beschränken, sieht sich eines Besseren belehrt: Avaaz ist offensichtlich in Syrien vor Ort, hat sich den Rebellen angeschlossen und sitzt sogar „mit am Verhandlungstisch" – in wessen Namen? Oh ja, es war die „Weltgemeinschaft".

Der von Avaaz dazu verfasste Aufruf lässt keine Zweifel aufkommen: Baschar al-Assad ist ein Monster. Horror, Terror, er ermordet sein Volk, stellt ihm aber auch den Strom ab und kappt die Telefonleitungen.

Ricken Patel, der Avaaz-Chef, beschreibt in einem Dankesvideo an die Avaaz-Gemeinde die Rolle der Kampagnenorganisation so: Mit den eingegangenen Spenden habe Avaaz ein Netzwerk von Bürgerjournalisten finanziert, dass einen hohen Prozentsatz der Informationen, welche die Welt über Syrien erhalte, herausgebe. *„Und wir schmuggelten Millionen von Dollar mit medizinischem Bedarf nach Homas und andere belagerten Städte und haben Schutzhäuser eingerichtet und noch viel, viel mehr."* Was also noch?

Die grelle Avaaz-Kampagne fügt sich nahtlos in eine seit Monaten laufenden Medienkampagne der Mainstream-Medien und Nachrichtenagenturen: Hier der blutdürstige Diktator, „der auf sein eigenes Volk schießt", dort die vermummten Milizen der Free Syrian Army, die das Gute und Demokratische schlechthin repräsentieren.

Avaaz als Teil moderner Kriegsführung

Avaaz ist eine aus den USA gesteuerte internationale Kampagnenorganisation. Sie erschleicht sich das Vertrauen ihrer Mitglieder mit Hilfe harmloser Kampagnen („Rettet die Bienen"). Anschließend missbraucht sie das gewonnene Vertrauen ihrer Mitglieder skrupellos, um mit Hilfe der Geldspenden die außenpolitische Agenda der USA zu befriedigen.

Dieses Modell ist ökonomisch äußerst interessant, da die Avaaz-Mitglieder die finanzielle Last tragen (Spenden!), nicht das Avaaz-Direktorium oder die hinter ihm stehenden milliardenschweren US-Stiftungen, Thinktanks und NGOs.

Avaaz spielt im Falle Syriens die Rolle einer Tarnorganisation und liefert uns ein Beispiel für die moderne Form der Kriegsführung auf verschiedenen Ebenen: Avaaz wurde im Informationskrieg erfolgreich aktiv und scheut sich nicht, wie aufgezeigt, auch mit Manipulation, Lüge und Betrug zu arbeiten. Ein Informationskrieg ist neben dem Wirtschaftskrieg und dem Stellvertreterkrieg mithilfe terroristischer Milizen die modernste Form des Krieges und die Methode, souveräne Staaten völkerrechtswidrig zu destabilisieren und in die Knie zu zwingen.

Je mehr Transparenz eine Organisation zulässt, desto eher können sie Einblicke über Motive und Beweggründe gewinnen und den Einsatz ihrer Spenden kontrollieren. Aus der Sicht der Autorin ist es daher sinnvoller z. B. zur Rettung von Bienen einem Imkerverein vor Ort Hilfe anzubieten (praktisch oder finanziell), als großen, internationalen Organisationen zu vertrauen, ohne dass man die themengebundenen Spendenströme und die Kampagnenergebnisse wirklich nachvollziehen kann. Grundsätzlich sollte man Kampagnenorganisationen misstrauen, die stark zentralisiert sind, einen „Präsidenten" und ein „Hauptquartier" haben und Themen stark vermischen (z. B. ökologische und humanitäre Anlegen mit letztendlich militärischen wie bei Avaaz aufgezeigt).

Die Autorin ist Verfasserin des Buches: Das Guttenberg-Dossier: Das Wirken transatlantischer Netzwerke und ihre Einflussnahme auf deutsche Eliten

Von der Friedens- zur Kriegsforschung?

von Peter Strutynski, Politikwissenschaftler, Lehrbeauftragter an der Uni Kassel, AG Friedensforschung

„Im innenpolitischen Diskurs um das Libyen-Mandat 2011 überwogen hier zu Lande die Stimmen, die der Bundesregierung vorwarfen, sich mit ihrem „Alleingang“ von der „internationalen Gemeinschaft“ zu „isolieren“, einen gefährlichen „Sonderweg“ einzuschlagen und die NATO-Bündnispartner „im Stich zu lassen“.

Friedensforscher für deutsche Kriegsbeteiligung

Ein besonderes Gewicht erhielt das mediale Sperrfeuer durch die ideologische Beihilfe prominenter Friedensforscher. Als „moralischen und politischen Fehler“ bezeichnete z.B. Harald Müller, Vorstand der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, (HSFK) die Entscheidung der Bundesregierung, sich nicht am Krieg zu beteiligen. Dabei übernahm er vollkommen unkritisch die beiden Hauptbegründungen für die Intervention in Libyen: Erstens sei die Auseinandersetzung derart zugespitzt gewesen, dass „ein Massenmord“ in Bengasi bevorstand. Zweitens berief sich Müller bei seinem Plädoyer für eine Kriegsbeteiligung Deutschlands auf das Prinzip der „Schutzverantwortung“ (Responsibility to Protect, kurz: „R2P“). Diese sei als „neue Norm für die internationale Gemeinschaft“ von der UN-Generalversammlung 2005 „festgeschrieben“ worden und ermächtige die Staatengemeinschaft zu militärischen Eingriffen in die Souveränität einzelner Staaten.

„R2P“ - Neue Norm anstelle Völkerrecht

Da die Auffassung, die UNO habe das R2P-Konzept zu einer neuen völkerrechtlichen Norm erhoben, mittlerweile in fast allen Publikationen zu finden ist, möchte ich zur Klarstellung die diesbezüglichen Passagen aus der Erklärung der Generalversammlung zitieren: *„In diesem Zusammenhang sind wir bereit, im Einzelfall und in Zusammenarbeit mit den zuständigen regionalen Organisationen rechtzeitig und entschieden kollektive Maßnahmen über den Sicherheitsrat im Einklang mit der Charta, namentlich Kapitel VII, zu ergreifen, falls friedliche Mittel sich als unzureichend erweisen und die nationalen Behörden offenkundig dabei versagen, ihre Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen.*

Ist also nach dem Wortlaut dieser Erklärung die „Schutzverantwortung“ keinesfalls als völkerrechtlich verbindliche „Norm“ „festgeschrieben“ worden, so lässt ein Blick in die einschlägigen Paragraphen derselben Erklärung keinen anderen Schluss zu, als dass die strikte Achtung der UN-Charta oberstes Prinzip bei der „friedlichen Beilegung von Streitigkeiten“ (Ziff. 73-76) und bei der „Anwendung von Gewalt“ (Ziff. 77-80) bleiben müsse.

Der HSFK-Vorsitzende Harald Müller schließt sein Kriegsplädoyer mit zwei Überlegungen ab, die der Bundesregierung auf die Sprünge helfen sollen. Mit deren Enthaltung zum Libyen-Einsatz „brach“ die Bundesregierung „mit bewährten Prinzipien deutscher Weltordnungspolitik, gerade in dem historischen Moment, in dem die internationale Gemeinschaft einen kleinen Schritt voran machte. So erlangt man keinen weltpolitischen Fortschritt und einen Dauersitz im Sicherheitsrat schon gar nicht.“

Was die Friedensforschung mal gewesen ist

Ist das noch Friedensforschung? Hat das noch etwas zu tun mit dem Anspruch, Konzepte einer alternativen, auf Gewaltlosigkeit beruhenden Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln? Genau dieser Anspruch stand an der Wiege der deutschen Friedenswissenschaft, die ein Kind des Aufbruchs der 68er-Jahre und der Neuen Ostpolitik Willy Brandts gewesen war. Nun waren die ersten Ansätze der Friedensforschung vor dem Hintergrund der Ost-West-Konfrontation und der atomaren Bedrohung sehr stark auf beiderseitige Abrüstung sowie auf Schritte zur Entspannung konzentriert. In der politischen Realität des Kalten Kriegs mündete dies in einer forcierten Rüstungskontrollpolitik. Der Friedensforschung ging es nicht nur darum, einem Zustand des Nicht-Krieges das Wort zu reden, sondern schon sehr früh wurde diesem „negativen Friedensbegriff“ ein „positiver“ Begriff von Frieden gegenüber gestellt – und zwar als eine ständige Aufgabe – um mit Dieter S. Lutz zu sprechen - der „Überwindung von Gewalt und des Aufbaus gewaltfreier Strukturen“. Es ist eine Freude zu sehen, wie sich die Pioniere der Friedensforschung, neben Senghaas und Galtung wären hier unbedingt noch Ernst-Otto Czempiel, Egbert Jahn, Fritz Vilmar, Gerd Krell oder Ekkehart Krippendorff zu nennen, in den späten 60er und während der 70er Jahre in den zahlreich erschienen Veröffentlichungen des Suhrkamp-Verlags zu diesen Fragen theoretisch äußerten und wie in dieser Zeit die Friedensforschung auch ihre ersten institutionellen Absicherungen im westdeutschen Wissenschaftsbetrieb erhielt.

Friedensbewegung beflügelte die Forschung

Aber erst der enorme Aufbruch der Friedensbewegung in den frühen 80er Jahren hat der Friedensforschung an den Universitäten den Rücken dafür gestärkt, sich aus der herrschenden Logik der Sicherheitspolitik ganz zu verabschieden, die ja darin bestanden hatte, den Status quo der gegenseitigen atomaren Abschreckung zu konservieren, weil die Alternative dazu im Undenkbaren, nämlich im atomaren Untergang der Menschheit gelegen hätte. Der sehr nützliche Beitrag der Friedensforschung bestand in dieser Zeit sowohl darin, der wissbegierigen Friedensbewegung und darüber hinaus der denkenden Öffentlichkeit Fakten und Argumente gegen die Stationierung neuer Atomwaffen in Mitteleuropa zu liefern und zugleich die letzten Endes selbstmörderische Abschreckungsdoktrin grundsätzlich in Frage zu stellen. Der Kampf gegen die Raketenstationierung zeitigte wohl die bisher engste Zusammenarbeit von Friedenswissenschaft und Friedensbewegung.

Die Zeit nach dem Ende der Blockkonfrontation in Europa war von einer kurzen Hoffnungsphase geprägt, die sich in dem Begriff der „Friedensdividende“ niederschlug. Gemeint war damit die Erwartung, dass nach dem Ende des staatlich organisierten Sozialismus in Mittel- und Osteuropa und nach der Auflösung der Sowjetunion und des Warschauer Vertrags die Menschheit die Früchte einer nun einsetzenden Abrüstungswelle einsammeln könne.

Die mittlerweile sehr etablierte Friedensforschung – mit fünf größeren Forschungsinstituten in Deutschland – hat seither eine Entwicklung durchlaufen, die nach meinem Eindruck gekennzeichnet ist von einer hohen Professionalität auf der einen und von einer politisch-normativen Heterogenität auf der anderen Seite.

Unterschiede am Beispiel des Iran-Atomkonflikts

Im Sommer 2010 veröffentlichte Harald Müller eine Politikanalyse unter dem Titel *„Krieg in Sicht? Das iranische Nuklearprogramm und das Sicherheitsdilemma Israels“.* Das Papier gipfelte in dem Resümee:

„Ein israelischer Angriff auf die Infrastruktur des iranischen Nuklearprogramms ist riskant und wird schwerwiegende negative Folgen haben. Die politischen Führer Israels können – in voller Erwartung dieser negativen Folgen – zu dem Schluss kommen, dass er dennoch die einzige Option ist, die ihnen bleibt, um ihr Land und Volk vor einem nuklearen Holocaust zu schützen. Wenn es zu einer Militäroperation Israels kommt, werde ich diese Folgen fürchten und die Opfer auf beiden Seiten beklagen. Aber ich hoffe, dass der Westen und mein eigenes Land dann nicht Israel die Schuld zuschieben. Ahmadinejad und die Extremisten, die ihn umgeben, fordern die Tragödie heraus.“

Wie wohltuend dagegen zwei jüngere Stellungnahmen anderer deutscher Friedensforschungsinstitute, des Bonner Instituts für Konversionsforschung (BICC) und des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Uni Hamburg (IFSH). Im jüngsten Iran-Dossier des BICC wird sehr eindringlich darauf hingewiesen, dass militärische Drohungen gegen den Iran „sicherlich das falscheste“ Mittel seien, um zum Erfolg zu kommen. Ähnlich eindeutig werden Sanktionen abgelehnt. Schon die bisherigen Sanktionen des UN-Sicherheitsrats und die verschärften Wirtschaftssanktionen der USA und der Europäischen Union haben nicht erreichen können, dass der Iran die Forderungen des Westens erfüllt und seine Urananreicherung eingestellt hat.

Eine Strategie, die nicht zum Ziel führt, muss aufgegeben werden. Friedensforschungsinstitute plädieren daher für eine „Umkehr zu Dialog und Entspannung“ (BICC), die nur zu erreichen ist, wenn man die bestehenden Realitäten anerkennt (so das IFSH). Dazu gehört, dass der Westen die Urananreicherung im Iran akzeptieren müsse. Urananreicherung für zivile Zwecke müssen dem Iran genauso zugestanden werden, wie jedem anderen Land der Welt. Das BICC schlägt sogar vor, dass der Westen dem Iran 20-prozentiges Uran liefern solle – so wie es 2011 von Ahmadinedschad gefordert worden war. Allerdings müsse sich Teheran verpflichten, zusätzliche internationale Kontrollen der iranischen Atomanlagen zuzulassen. Zur „Umkehr“ gehört auch, dass der Westen die Sicherheitsinteressen des Iran genauso ernst nimmt wie diejenigen anderer Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Auf dieser Basis könnte mittelfristig ein politischer Prozess eingeleitet werden, der ein „ähnliches Ausmaß wie bei der Entspannungspolitik des Westens gegenüber der Sowjetunion Ende der 1960er Jahre oder wie bei der neuen Politik der USA gegenüber China Anfang der 1970er Jahre“ annehmen könnte.

In Bezug auf Deutschlands Rolle in der Iranpolitik des Westens fordern die Friedensforschungsinstitute übereinstimmend, dass sich Berlin weiterer Sanktionen enthalten sollte, „da sie bestenfalls nutzlos, schlimmstenfalls eskalationsfördernd“ seien (BICC), bzw. dass die bereits verhängten Sanktionen „schrittweise“ aufgegeben werden (IFSH). Außerdem sollte Deutschland „unmissverständlich“ deutlich machen, dass es jegliche militärische „Lösung“ ablehnt.

Woher kommen die Unterschiede?

Woher kommen solche Unterschiede in der Analyse und Politikempfehlung aus Instituten, die sich alle der „Friedensforschung“ verpflichtet fühlen?

Ein wichtiger Punkt ist sicher die Abhängigkeit von staatlichen Geldern und von Drittmittelaufträgen. Trotz aller Freiheit der Wissenschaft gilt auch in diesem Metier die simple Formel: „Wes Brot ich ess‘, des Lied ich sing‘.“ Die dicksten Aufträge im Bereich der Friedensforschung kommen aus dem Außen- und Verteidigungsministerium. Hieraus werden mittlerweile ganze Sonderforschungsbereiche alimentiert. Ein weiterer Grund mag darin liegen, dass viele Friedensforscher, wenn sie Karriere machen wollen, sich dem unausgesprochenen Mainstream des jeweiligen Faches anpassen müssen. Eine große Rolle spielt etwa der in die Mode gekommenen Ansatz, sich mehr um die durch Diskurse konstruierte Wirklichkeit kümmert und damit in der Regel haarscharf an der Realität vorbeianalysiert. Schließlich macht sich bequemerweise auch wieder die Denkschule des Positivismus und strengen Empirismus breit, die exakt im Erbsenzählen, aber erschreckend beliebig in der Bewertung der erhobenen Fakten ist bzw. die Bewertung dem Auftraggeber überlässt.

Die dargestellten Befindlichkeiten der etablierten Friedenswissenschaft habe auch eine hohe Brisanz für das Überleben einer kritischen Friedensforschung und der Friedensbewegung insgesamt. Es gilt verstärkt Studierende auf die vorhandenen Friedens-und Konflikt-Studiengänge aufmerksam zu machen. Denn dort wird letztlich auch der Nachwuchs für die etablierten Friedensforschungsinstitute ausgebildet, und die leiden meines Wissens an engagierten friedensorientierten jungen Forscherinnen und Forschern. Und die Institute selbst müssen wieder – wie das in den 80er Jahren übrigens selbstverständlich war, stärker von der Friedensbewegung in die Pflicht genommen werden. Wir brauchen deren Expertise und sie brauchen die Unterstützung von Seiten der Friedensbewegung.

FRIEDENSBLÄTTER

Seite des Friedensnetzes und des Förderverein Frieden e.V. Baden-Württemberg im Friedensjournal
Spreuergasse 45, 70372 Stuttgart; 0711 6368240

für die Friedensbewegung in Baden-Württemberg

www.friedensnetz.de / buero@friedensnetz.de

Gute Beteiligung bei Ostermärschen in Baden-Württemberg:

Zum baden-württembergischen Ostermarsch am Karsamstag in Stuttgart waren knapp tausend Friedensfreundinnen und Friedensfreunde gekommen, während andere zur gleichen Zeit in den nahen Städten Geislingen, Göppingen und Esslingen bereit standen, die dort angekündigten Naziaufmärsche zu stoppen.

Am selben Tag zogen 300 Friedensmarschiererinnen durchs ostwürttembergische Ellwangen. Ca. 100 Menschen fanden sich zur Ostermarschaktion auf dem Mannheimer Paradeplatz ein. Am Ostermontag fanden weitere Ostermärsche in Müllheim vor der Kaserne der deutsch-französischen Brigade und am Bodensee vor den Toren des Rüstungsriesen MTU in Friedrichshafen mit jeweils 300 TeilnehmerInnen statt. Trotz bitter kaltem und windig-regnerischen Wetter waren es also wieder mehr OstermarschiererInnen als im letzten Jahr. Damals hatten angesichts der Katastrophe von Fukushima wohl die zur selben Zeit stattfindenden Aktionen gegen Atomkraftwerke auch viele angezogen, die sonst zum Friedensmarsch gekommen wären.

Gerade aber angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Akzeptanz, auf die eine Politik der militärischen Optionen, der Interventionen, Kriege und Kriegsvorbereitungen stößt, ist es umso dringender, dass die Friedensbewegung sich zu Wort meldet. So standen neben der Forderung nach dem Ende der Intervention in Afghanistan die unübersehbaren Kriegsvorbereitungen gegen Iran und Syrien im Mittelpunkt der Parolen und Redebeiträge auf den Ostermärschen. Weitere Schwerpunkte waren das Vordringen der Bundeswehr in Schulen, Lehrerbildung und Hochschulen und Rüstungsproduktion und -Export auch und gerade aus der Rüstungshochburg Baden-Württemberg.

Die Gewerkschafterin Ilse Kestin brachte es auf dem Stuttgarter Schloßplatz auf den Punkt:

„Wenn die Bundeskanzlerin durch die Welt reist, spricht sie insbesondere in den afrikanischen Staaten von humanitärer Hilfe und Menschenrechten, im Gefolge aber hat sie die deutschen Rüstungsbetriebe und im Gepäck den Tod. Denn der Kapitalismus braucht neue Märkte. Die Globalisierung ist seine Erfindung. Die Kapitalmärkte stehen an erster Stelle. Der Mensch ist Kostenfaktor. Wenn diese Märkte sich nicht von selbst erschließen lassen, werden „geeignete Mittel“ eingesetzt, bis hin zu Kriegshandlungen. …

Wozu das in Afghanistan führt, ist für uns alle sichtbar. Immer mehr Menschen sterben und die Gewalt eskaliert, wo alle von Befreiung und Frieden reden. Krieg ist die verbrecherischste Form von Ausländerfeindlichkeit! Nur Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit, der Kampf gegen Hunger und Armut und das Streiten für eine gerechte Verteilung von Wohlstand können dauerhaft Frieden schaffen.“

Samstag, 19. Mai 2012, 14 h

5 vor 12 (11 Uhr 55). Klingelaktion vor dem Rathaus Stuttgart. Wecker mitbringen! Anschließend gemeinsame Radtour zum EUCOM.

14 Uhr: Kundgebung

im Rahmen der internationalen Aktionstage gegen den NATO - Gipfel in Chicago
Patch Barracks / US-EUCOM Haupttor Stuttgart-Vaihingen
Start der internationalen Radtour »GLOBAL ZERO NOW«

Weitere Infos: *DFG-VK Baden-Württemberg, Roland Blach, Werastr. 10, 70182 Stuttgart, ba-wue@dfg-vk.de, (07 11) 51 88 56 01, www.atomwaffenfrei.de*

Aktuelles aus dem Internet-Archiv

An dieser Stelle weisen wir in unregelmäßigen Abständen auf Artikel hin, die im Intenet zu finden sind und von besonderer Aktualität sind. Die größte Auswahl bietet das Archiv der AG Friedensforschung.

Rubrik: Der Krieg und die öffentliche Meinung

www.ag-friedensforschung.de/themen/Medien/Welcome.html

Nachfolgend eine Reihe von Artikeln, Analysen und Berichten zu, Thema "Krieg, Medien und öffentliche Meinung".

- **Alles meinen Kunden**
  200 Jahre: Alfred Krupp und die Seinen gingen als weltweite Händler des Todes in die Geschichte ein. Von Otto Köhler (27. April 2012)
- **Ein bösartiges Wesen im Briefkasten**
  In zwei Monaten soll die "Bild"-Jubiläumsausgabe gratis ausgeliefert werden. Der Unmut darüber wächst (24. April 2012)
- **Menschenjagd als Massenspaß**
  Knut Mellenthin beleuchtet die Hintergründe der Kampagne "Kony 2012" (21. April 2012)
- **Dichtung und Wahrheit**
  Beim Thema Iran regieren in Medien und Politik Wahrnehmungsschwierigkeiten, Phantasie und Lügen. Von Knut Mellenthin (09. April 2012)
- **Kennen Sie Kundus?**
  Ein nicht-militärischer Blick: Der Dokfilm "Generation Kunduz" über afghanischen Alltag (25. März 2012)
- **Von Kosovo über Libyen nach Syrien? "Erfolgreiche Kriege sind automatisch legitim"**
  Kritische Fragen an den Mainstream-Jornalismus von Kurt Gritsch (17. März 2012)
- **Es könnte alles schön sein ...**
  "Generation Kunduz" von Martin Gerner. Filmbesprechung (16. März 2012)
- **Ohne historische Erinnerung / "Dileguata è la memoria storica"**
  Der italienische Philosoph und Publizist Domenico Losurdo äußert sich über "die Industrie der Entrüstung und die Kriegsvorbereitungen" im Fall Syrien / Industria dell'indignazione e preparativi di guerra (15. März 2012)
- **DER DEUTSCHE PRESSERAT Oder: Vergewaltigung in aller Öffentlichkeit**
  Ulrich Gellermann ("Rationalgalerie") über die veröffentlichtehn Lügen im Libyen-Krieg (12. März 2012)
- **"Mein wichtigste Mittel ist, dass ich mit gewöhnlichen Menschen spreche"**
  Die Aktivistin Lizzie Phelan, die sich in Libyen und Syrien aufhielt, gab der New York Times eine Skype-Interview (21. Februar 2012)
- **Ein Star für Baku mit dunklen Flecken**
  Eurovision Song Contest in Aserbaidschan und die Pressefreiheit. Von Irina Wolkowa (20. Februar 2012)
- **Der Bericht der Beobachtermission der Arabischen Liga kritisiert Falschmeldungen und übertriebene Berichte aus Syrien**
  Eine Kurzanalyse von Michael Chossudovsky (deutsche Zusammenfassung und englisches Original) (19. Februar 2012)
- **Norman Paech: Damals wie heute**
  Medienreaktionen auf den Aufruf "Solidarität mit den Völkern Irans und Syriens!" erinnern an "Kampfjournalismus aus den Laufgräben des Kalten Krieges" (18. Januar 2012)
- **Westlicher Journalismus und die Unruhen in Syrien**
  MEDIENgedanken von Karin Leukefeld (16. Januar 2012)
- **Warnung vor Berlin**
  Nach Hackerangriff abgeschalteter Nachrichtendienst wieder online. Bericht über deutsche Offensive in Europa veröffentlicht (14. Januar 2012)
- **ARGENTINIEN: Zeitung als Staatsaufgabe**
  Papier ist öffentlich (08. Januar 2012)
- **Bundesregierung unterstellt "nd" linksextremistische Bezüge**
  Das Familienministerium antwortete auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (08. Januar 2012)
- **Keine Herausgeber mehr: "Freitag"**
  Daniela Dahn: Die Herausgeber standen für die linke Pluralität der Zeitung (07. Januar 2012)
- **Warten, bis der Irre die Bombe hat?**
  Wie Kriege vorbereitet werden: Schlagzeilen der BILD-Zeitung von 2005 bis 2011 (02. Januar 2012)
- **Im Fadenkreuz der Rechtspopulisten**
  Die Medienwissenschaftlerin Sabine Schiffer wird wegen ihrer Studien zur Islamophobie zunehmend angefeindet (23. Dezember 2011)
- **Das Afrikabild der Spendenwerber**
  Ein Film untersucht die Spuren des Kolonialismus in den Hilfskampagnen für Afrika (21. Dezember 2011)
- **Ossietzky als Leitlinie**
  Zum 75. Geburtstag des Publizisten Eckart Spoo (20. Dezember 2011)
- **Obamas Offenheit**
  "Geheimnisverrat" und "Unterstützung des Feindes": Mutmaßlichem Wikileaks-Informant Bradley Manning droht lebenslänglich (17. Dezember 2011)
- **Krieg auf dem Rechner**
  Videospiele gehören heute vor allem für junge Menschen zum Alltag – insbesondere auch solche mit militaristischem Inhalt. Von Michael Schulze von Glaßer (16. Dezember 2011)